

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 43 (1949)

**Heft:** 5

**Artikel:** Weltrundschau : Erfolg des Containment? ; Eine falsche Voraussetzung... ; ...und eine Fehlrechnung ; Die Gefahr bleibt ; Das "neue" Deutschland ; Vulkanisches Italien ; Rüstung und Fortschritt ; Blick nach Osten

**Autor:** Kramer, Hugo

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-139247>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Militäraktion einzuleiten beschloß, die gerade in der Weihnachtswoche, am Sonntag, dem 19. Dezember 1948, begonnen wurde?

Das Schlimmste, was über diese Militäraktion zu sagen ist, ist dies: Wir mußten leider feststellen, daß wir zwar die Militäraktion begannen, daß aber anscheinend kein einziger konstruktiver Plan aufgestellt war über das, was nach der Aktion geschehen sollte. So scheint politisch in diesem Augenblick (anfangs April 1949) die Lage völlig aussichtslos zu sein. Was Holland in erster Reihe nötig hat, ist das Bewußtsein seiner Schuld. Was wir Deutschland vorwerfen, gilt in erster Linie für uns selbst: das Schuldbewußtsein fehlt noch, wenn man die Masse unseres Volkes und unseres Kirchenvolkes betrachtet. Ohne Schuldbewußtsein werden wir auch die regenerierende Kraft, die davon ausgeht, nicht kennenlernen. Erst wenn wir gesehen haben, wie fatal falsch wir die Kernfrage des indonesischen Problems beantwortet haben, wird eine Möglichkeit bestehen, daß wir uns vollkommen neu vor die Tatsachen stellen und handeln. Handeln auf eine Weise, wie sich in unserer Vergangenheit kein Beispiel findet. Wir müssen einen Sprung machen. Und leider kriechen und schleichen wir vorläufig nur. Die evangelische Wahrheit, daß wir unser Leben nur erhalten können, wenn wir bereit sind, es zu verlieren, muß durch Holland gelehrt werden. Wir müssen an das Wunder der Wirkung von Gottes Heiligem Geist glauben. Angesichts der Situation, in der das Niederländische Volk lebt, gibt es keine andere Lösung.

Kr. Strijd.

## Weltrundschau

**Erfolg des Containment?** Im westlichen Lager herrscht gegenwärtig eitel Genugtuung, ja kaum verhaltene Triumphstimmung. «Die Russen müssen die Blockade gegen Westberlin aufheben!» Das war ja die frohe Kunde, die gleich nach Ostern durch die Christenheit hin erscholl. Die feste Haltung, welche die Alliierten mit solcher Konsequenz den Moskauer Machthabern gegenüber zeigten — so tönt es nun von allen Seiten —, beginnt doch ihre Früchte zu tragen. Der russische Plan, ganz Deutschland im kalten Krieg zu erobern, ist gescheitert; jetzt müssen die Sowjets demütig um Verhandlungen über die deutsche Frage bitten, unter Verhältnissen, die die Westmächte geschaffen haben, und unter Bedingungen, die diese ihnen stellen. Kurz, es ist nunmehr glücklich erreicht, «daß es über die bisherige Linie hinaus im Westen für die russische Expansionspolitik keinen weiteren Raum mehr gibt» («Volksrecht» 22. April 1949)<sup>1</sup>. Und

<sup>1</sup> Der Westberliner Oberbürgermeister Reuter erklärte sogar, die Aufhebung der Verkehrssperre, die nunmehr auf den 12. Mai angesetzt ist, sei «eine entscheidende Niederlage der Sowjetpolitik und ein Wendepunkt der Weltgeschichte».

wenn je die kommenden Viermächteverhandlungen doch nicht zu einem für den Westen befriedigenden Ergebnis führen sollten, nun, dann wird man die Sowjetunion eben weiter in die Zange nehmen, bis die «vierzehn Männer im Kreml», die nach Churchill die ganze Menschheit unterjochen wollen, vollends ganz mürbe sind und endgültig zu Kreuze kriechen.

Die Befriedigung auf Seiten der Westmächte und ihrer Parteigänger ist soweit begreiflich. Denn die russische Außenpolitik hat wirklich eine Niederlage erlitten, die alle taktvolle Zurückhaltung der westlichen Staatsmänner nicht abzuschwächen vermag (und ja auch gar nicht soll), eine Niederlage freilich, an der sie selbst alles andere als unschuldig ist. Der Geist systematischen Mißtrauens und konsequenter Selbstisolierung, von dem sich die Russen seit Kriegsende leiten ließen, die Schroffheit ihres Auftretens und die Unvertrautheit ihrer ganzen Methoden, verbunden mit dem von ihnen eingegebenen Kampf der kommunistischen Parteien des Westens gegen die Außenpolitik ihrer Regierungen — all das mußte ja die Sowjetfeindschaft der nichtkommunistischen Welt aufs neue hervorlocken und jene Kreuzzugsstimmung begünstigen, die sich allmählich zu einer wirklichen Lebensgefahr für die Sowjetunion auswuchs. Und seitdem es klar wurde, daß die Westmächte ernstlich entschlossen sind, ihren westdeutschen Satellitenstaat aufzurichten und für den Kampf gegen den Ostblock zu organisieren, hatte man in Moskau erst recht Grund, zu versuchen, ob die endgültige Zweiteilung Deutschlands mit allen daraus drohenden Folgen nicht doch noch zu verhindern sei, eine Überlegung, die dann auch tatsächlich den Hauptanstoß zu der sensationellen Schwenkung der Sowjetdiplomatie gebildet zu haben scheint, vor der wir nun stehen.

Die Westmächte sind dadurch in die denkbar beste Verhandlungsstellung gekommen. Sie haben die Aufhebung der Berliner Verkehrs sperre durch die Russen in der Tasche, geben aber gleichzeitig keinen einzigen ihrer eigenen Trümpfe aus der Hand und können mit Ruhe abwarten, wie die Sowjets das Spiel fortsetzen, während die Russen nicht nur in Berlin den Rückzug angetreten haben, sondern auch Gefahr laufen, am Schluß der Außenministerkonferenz über die gesamtdeutsche Frage mit leeren Händen dazustehen.

Und dennoch muß man sich fragen, ob die Westalliierten nicht zu früh triumphieren. Es dürfte ja auch ihnen klar sein, daß es nicht ihr Vorteil wäre, durch Beharren auf einer einseitigen Lösung der deutschen Frage die Dinge auf die Spitze zu treiben. Der Westblock ist noch nicht so gefestigt, daß er schon bald eine stärkere Belastungsprobe ertrüge. Militärisch steht er ohnehin noch ziemlich in der Luft; aber auch wirtschaftlich ist er trotz Marshallplan weit davon entfernt, eine arbeitsfähige Einheit zu bilden, besonders wenn die fortschreitende Wirtschafts depression in Amerika ihre Wirkungen auch in Europa zeigen sollte; und politisch wird Westdeutschland ein Unsicherheitsfaktor auch dann

bleiben, wenn es unter dem neuen Besetzungsregime in ein leidliches Verhältnis zu den Alliierten kommt.

Darüber hinaus stellt sich aber immer die Frage nach der grundsätzlichen Richtigkeit und der realpolitischen Wirksamkeit der ganzen von den Westmächten geübten Methode, Rußland ihrem Willen gefügig zu machen, einer Methode, die ja unter allen Umständen fortgeführt werden wird, wie auch die neuen Verhandlungen mit der Sowjetunion ausfallen mögen. Man bezeichnet diese Methode in Amerika gewöhnlich als die Politik des «Containment», der planmäßigen Eindämmung und gewaltsamen Zurückdrängung des russischen und kommunistischen Einflusses in der Welt. Sie wurde, soviel wir sehen, zum erstenmal 1946 von George Kennan formuliert, damaligem Botschaftsrat in Moskau und heutigem Leiter einer der wichtigsten Abteilungen des amerikanischen Außenministeriums, der die systematische Anwendung wirtschaftlichen und militärischen Druckes auf die Sowjetunion empfahl, als Mittel, um «Tendenzen zu befördern, die schließlich ihren Ausdruck im Zusammenbruch oder doch in der allmählichen Zersetzung der Sowjetmacht finden müßten». Es sei nötig, «den Russen an jedem Punkt, wo sie Miene machen, die Interessen einer friedfertigen, stabilen Welt (also den «amerikanischen Frieden» H. K.) zu beeinträchtigen, eine unwandelbare Gegenkraft entgegenzustellen». Kennan, der als «Mr. X.» für seine Auffassung in einem berühmt gewordenen Aufsatz der Wochenschrift «Life» («Die Beweggründe des Verhaltens der Sowjets», 28. Juli 1947) auch beim großen Publikum Amerikas warb, hatte die Genugtuung, daß diese Methode von der amtlichen Außenpolitik der Vereinigten Staaten tatsächlich immer bewußter und folgerichtiger übernommen wurde. Sie liegt der Trumandoktrin und dem Marshallplan zugrunde, steht hinter der gewaltigen amerikanischen Aufrüstung, bestimmt weithin die Deutschlandpolitik der Vereinigten Staaten und ist nunmehr namentlich durch den Atlantikpakt gekrönt worden, der, wie David Rousset, einer der Wortführer des französischen Rassemblement Démocratique Révolutionnaire, es jüngst ausgedrückt hat, «Bestandteil eines Systems ist, das den Zweck hat, von der Sowjetunion lebenswichtige Zugeständnisse zu erlangen, ohne zum Kriege greifen zu müssen. Er beruht auf der Überzeugung, daß die bloße Machtentfaltung es unnötig mache, die furchtbare Kriegsmaschinerie in Gang zu setzen.»

**Eine falsche Voraussetzung . . .** Die Voraussetzung, von der diese ganze amerikanisch-westmächtliche Politik ausgeht, ist die populäre Annahme, daß die Sowjetunion seit ihrer Geburt und besonders seit Ende des zweiten Weltkrieges planmäßig Gebietserweiterungen erstrebe mit dem Zweck, zunächst Westeuropa und schließlich auch die übrige Welt kommunistischer Herrschaft zu unterwerfen. Aber diese Voraussetzung ist falsch. Die

Tatsachen über die «russische Expansion» sind, ganz knapp zusammengefaßt, folgende:

1. Das Gebiet der heutigen Sowjetunion ist kleiner als dasjenige des zaristischen Rußlands, dessen Umfang die mit ihm verbündeten Westmächte damals durchaus nicht als Bedrohung ihrer Existenz empfanden.

2. Auch die Gebietserweiterungen, welche die Sowjetunion bis zu ihrer Invasion durch die Armeen Hitlers gemacht hatte — Zurückgewinnung des Baltikums, eines Teiles von Ostfinnland, des westlichen Weißrußlands und der Westukraine, Bessarabiens und der Nordbukowina —, sahen die Westmächte keineswegs als Beweis einer bedrohlichen Eroberungs- und Expansionspolitik an, als sie sich 1941 mit Rußland verbündeten.

3. Die meisten dieser und der folgenden, bei Kriegsende vorgenommenen russischen Gebietserweiterungen wurden von den Westmächten in aller Form anerkannt — tatsächlich alle mit Ausnahme der Zurücknahme der baltischen Staaten. Die Einverleibung Ostfinnlands, Bessarabiens und der Nordbukowina, des Südteiles von Sachalin und der Kurilen (die bis dahin japanisch gewesen waren), wurde durch den Vertrag von Jalta und die Waffenstillstandsverträge mit Finnland und Rumänien bestätigt, die von den Vereinigten Staaten oder Großbritannien mitunterzeichnet wurden. Die Annexion der Karpatho-Ukraine durch die Sowjetunion geschah durch Übereinkunft mit der Tschechoslowakei; die Angliederung eines Drittels von Ostpreußen wurde kurz nach der Potsdamer Konferenz grundsätzlich von den Vereinigten Staaten und Großbritannien genehmigt. Im übrigen war es nicht der Wille, das kommunistische Regime in diese Länder zu tragen, der zu ihrer Vereinigung mit der Sowjetunion führte, sondern das Bedürfnis nach strategischer Sicherung oder der Wunsch, die alten geschichtlichen Grenzen Rußlands wiederherzustellen.

4. Wenn die Sowjetunion später Westberlin mit ihrer ostdeutschen Besetzungszone verschmelzen wollte, so war das zweifellos ein Versuch zur eigenmächtigen Ausdehnung des russischen Einflußbereiches. Aber man wird billigerweise anerkennen müssen, daß die Einsprengung eines von den Westmächten beherrschten Sektors in die sonst geschlossene Ostzone ihre innere Berechtigung verloren hatte, nachdem die gemeinsame Viermächterregierung über Deutschland dahingefallen war, und daß die Behauptung eines westalliierten Militärstützpunktes mitten in der Ostzone für die Russen schwer erträglich war, zumal der Umlauf einer «harten» Westmark in freier Konkurrenz mit einer entwerteten Ostmark ein gefährliches Werkzeug in der Hand der Westmächte zur Erschütterung der Wirtschaft der Ostzone darstellte. Da sich seither die Wirtschaft der Ostzone wesentlich gefestigt hat, erklären die Russen die Aufhebung der Blockade auch als innerlich begründet — eine Behauptung, die nicht nur Propaganda ist.

5. Sofern man die Schaffung von Satellitenstaaten in Osteuropa und Ostasien (Nordkorea) als Beweis eines sowjetischen Eroberungswillens ansprechen wollte, so wäre auch hier darauf hinzuweisen, daß dahinter das Streben stand, das Kerngebiet der Sowjetunion gegen neue militärische Angriffe von Westen her abzudichten, daß die Westmächte die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion in diesem Raum ebenfalls ausdrücklich anerkannt haben (in Jalta und Teheran), und namentlich daß die Vereinigten Staaten seit Kriegsende eine Politik territorialer Sicherungen betreiben, der gegenüber die entsprechende russische Politik einfach als dilettantische Stümperei erscheint. Amerikanische Satelliten sind heute — um von den europäischen Mitgliedern des Westbundes zu schweigen — nicht nur die meisten lateinamerikanischen Staaten, sondern tatsächlich auch Kanada, Griechenland, die Türkei, Arabien, Persien, Südkorea und die Philippinen. Von Amerika nach dem Krieg annexiert worden (zum Teil in der Form von «Treuhandschaften») sind Dutzende von Pazifikinseln und die früheren britischen, australischen, neuseeländischen und japanischen Mandatsinseln, dazu Französisch-Ozeanien. Unter ausschließlich amerikanischer Militärherrschaft stehen Grönland, Island, die Azoren, Ascension, die Bermudas, Liberia und namentlich Japan, wobei die rechtliche Anerkennung dieses sehr eigenmächtig geschaffenen oder aufrechterhaltenen Zustandes teilweise bis heute aussteht.

Angesichts all dieser Tatsachen von einer höchst gefährlichen russischen Expansion zu reden, beruht bei Europäern wenn nicht auf Unwissenheit, so doch auf einer grotesken optischen Täuschung; bei den Amerikanern, die wirklich «in Kontinenten denken», ist es einfach Heuchelei. Der Amerikaner George Marion hat schon recht, wenn er (in «Bases and Empire») feststellt:

«Die Vereinigten Staaten erstreben buchstäblich die strategische Welthegemonie. Ob nun Sie und ich es gern haben oder nicht: wir sind in einem grenzenlosen Ausdehnungsstreben begriffen. Der Gegendruck anderer Mächte und der Widerstand der Völker, die durch unsere Herrschaft geschoben und geschädigt werden, wird schließlich entweder unserem Ausdehnungsdrang Schranken setzen oder unser Weltreich in den Nähten zum Platzen bringen. Inzwischen ist es aber Tatsache, daß die Vereinigten Staaten ihrem Machtstreben aus eigenem Willen keinerlei Grenzen gesetzt haben<sup>2</sup>.»

**.... und eine Fehlrechnung** Aber die Politik des Containment beruht nicht bloß auf einer falschen Voraussetzung; sie ist auch im Hinblick auf die von ihr verwen-

<sup>2</sup> Wie in der Aprilrundschau erwähnt, ging der amerikanische Wehrmachtsminister Forrestal sogar mit dem tollen Plan um, frei im Weltenraum kreisende Raketen-geschosse zu konstruieren, die gegebenenfalls gegen die Sowjetunion eingesetzt werden könnten. Der Mann ist inzwischen (nicht, wie wir schrieben, zu seinem «angestammten» Bankierberuf zurückgekehrt, sondern) in einer Heilanstalt interniert worden. Sein Zustand scheint aber erst offenbar geworden zu sein, als er eines Nachts, durch eine Feuersirene aufgeschreckt, aus dem Haus rannte mit dem Ruf: «Die Russen kommen!»

deten Aktionsmittel eine ausgesprochene Fehlrechnung. Blair Bolles, der Leiter des Washingtoner Büros der angesehenen amerikanischen Vereinigung für Außenpolitik, weist in der Neuyorker «Nation» zutreffend darauf hin, daß schon bisher die scharfmacherische Druckpolitik gegenüber der Sowjetunion recht zweifelhafte Ergebnisse gehabt habe. Auf die Verkündung der Trumandoktrin sei der Zusammenbruch der Moskauer Konferenz vom Frühjahr 1947 und die Bildung der Kominform gefolgt, auf die Vorlage des Marshallplanes der Putsch in der Tschechoslowakei, auf das erste amerikanische Rüstungsprogramm die Blockade Westberlins, auf die Ankündigung des Atlantikpaktes der vermehrte Druck auf Finnland und Persien sowie die verschärftesten kommunistischen Tätigkeiten in Frankreich, Italien usw. Glaubt man nun wirklich, daß die Sowjetunion in Zukunft anders als mit Gegendruck antworten werde, wenn die Westmächte ihre Druckpolitik fortsetzen? Selbst wenn man das annehmen wollte und demgemäß auf eine Reihe weiterer russischer Rückzüge ähnlich dem gegenwärtigen rechnete, so vergäße man vollständig die viel wichtigeren Tatsache, an die Blair Bolles mit besonderem Nachdruck erinnert, daß nämlich die Sowjetunion und der Kommunismus auf die armen, ausgebeuteten Volksschichten in aller Welt eine ungeheure, faszinierende Anziehungskraft ausüben. Dieser Umstand, so sagt er, vermehre dauernd die politische Unruhe und Unsicherheit, verzögere durch die dadurch hervorgerufenen Kriegsrüstungen die wirtschaftliche Erholung der Völker und drohe den amerikanischen Einfluß auf Westeuropa gerade in dem Augenblick zu schwächen, da man auf seine entscheidende Stärkung hoffe. «Der enge Wirkungsbereich der Eindämmungspolitik verhindert die Vereinigten Staaten, in dem Ringen mit Rußland ihre tiefen moralischen Hilfsquellen zur Geltung zu bringen. Der Hauptirrtum in der Eindämmungstheorie ist ihre falsche Einschätzung der grundlegenden Kräfte, die auf die Länge darüber entscheiden werden, ob Amerika oder Rußland über den größeren Welteinfluß gebieten werden, und ob sie miteinander wetteifern können, ohne einen Krieg zu riskieren.»

Aber auch volkspsychologisch und militärisch dürfte sich die westmächtliche Pressionspolitik gegenüber der Sowjetunion als Fehlrechnung erweisen. Eben jetzt berichtet Alexander Werth, auf Grund von Aussagen zahlreicher Rußlandreisender, dem «New Statesman» aus Warschau, wie die militärische Drohpolitik der Westalliierten tatsächlich auf das russische Volk wirkt. Alle Ausländer, die aus Rußland kämen, stimmten darin überein, daß die Russen zurzeit in einer «häßlichen Stimmung» seien — nicht weil sie fürchteten, einen neuen Krieg zu verlieren, sondern weil sie ihn ganz und gar nicht wollten:

«Der Atlantikpakt hat in Rußland eine verheerende Wirkung gehabt. Im Ausland kann man sich nicht vorstellen, wie tief er jeden gewöhnlichen Russen verletzt hat . . . Man kann auf einen Russen losreden, bis man blau wird, und überzeugt ihn doch nicht, daß amerikanische Flugstützpunkte in Norwegen zur Verteidigung Ame-

rikas notwendig seien und nicht, um Atombomben auf Murmansk und Leningrad abzuwerfen... Der Gedanke an einen neuen Krieg — und ein solcher hieße, daß es mit allem Wiederaufbau Essig sein wird und sie alles wieder von vorn anfangen müssen — bringt sie mehr in Wut, als man sich vorstellen kann... Aus allem, was ich in den letzten paar Tagen über Rußland gehört habe, schließe ich, daß, wenn die Russen noch vor einigen Monaten völlig zuversichtlich zu glauben schienen, es werde keinen Krieg geben, die Ablehnung von Stalins Angebot an Truman und der Atlantikpakt eine gefährliche Einkreisungspsychose im Lande geschaffen haben.»

Mag sein, daß sich der Kreml gerade im Hinblick auf diese Stimmung entschlossen hat, durch ernsthafte Zugeständnisse an die Westmächte eine Atempause in dem großen Ringen zu erkaufen. Allein die Tatsache, daß die Sowjetregierung fast gleichzeitig eine Erhöhung ihrer Wehrmachtausgaben um 20 Prozent gegenüber dem letzten Jahr angekündigt hat, lehrt, daß sie sich auch durch die Rücksicht auf die Volksmeinung nicht davon abhalten läßt, auf Kosten der Verbrauchsgütererzeugung die Rüstungsproduktion neuerdings zu forcieren. Und dem Volk, dem der letzte Krieg noch in allen Knochen steckt und das die verhängnisvolle Rolle der Westmächte bei der Großziehung des Nazismus nicht vergessen hat, wird auch kaum etwas übrig bleiben, als die Zähne abermals zusammenzubeißen und auf die so sehnlich erwartete Verbesserung seiner Lebenshaltung für die nächste Zeit zu verzichten. Vor den Rüstungen der Westmächte und ihren Aussichten, einen Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen, scheint man dabei keine übertriebene Angst zu haben, glaubt man doch in Rußland, daß ohne eine riesige Landarmee, die den Westmächten aber nicht zur Verfügung stehe, die Sowjetunion auch mit Atombomben nicht auf die Knie zu zwingen sei; und selbst wenn die Atlantikstaaten 50 oder 100 Divisionen in Deutschland aufzustellen vermöchten, so habe man gesehen, wie Hitler sogar mit 240 Divisionen an der Wolga habe umkehren müssen. Nicht zu reden davon, daß im Kriegsfall die Rote Armee in Westeuropa nicht allein stehen werde...

**Die Gefahr bleibt** Natürlich macht man im westlichen Lager seine Gegenrechnung dazu auf. Die Generalstäbe sind eifrig an der Arbeit, den Atlantikpakt wirksam zu machen und für den Kriegsfall eine Verteidigungslinie aufzubauen, die sich nach der «Chicago Tribune» auf die Yssel, den Rhein und den Po stützen solle. Die Hauptoperationsbasen wären dann freilich England und Nordafrika, doch soll nach dem genannten Blatt — was vom strategischen Standpunkt aus ja selbstverständlich ist — in Bälde auch die Pyrenäenhalbinsel in das Westblocksystem einbezogen werden, mit großzügiger amerikanischer Hilfe für die Modernisierung der spanischen Straßen, Eisenbahnen und Häfen. Und tatsächlich verstärkt sich ja in der letzten Zeit die Bewegung zugunsten einer «Wiederaussöhnung» mit Franco auffallend, eine Bewegung, die sicherlich die Logik auf ihrer Seite hat, stehen doch auch

Portugal, Griechenland und die Türkei — von anderen «Demokratien» noch ganz abgesehen — schon längst in der Front der «freiheitsliebenden» Staaten, so daß einer förmlichen Verbündung mit dem Regime Franco nur noch die Fiktion im Wege steht, es handle sich bei dem Kampf des Westens gegen den Osten nicht um einen imperialistischen Machtkampf, sondern um die Verteidigung der abendländischen Freiheitstradition gegen den Ansturm des östlichen Despotismus<sup>3</sup>.

Immerhin ist man im westlichen Lager vorerst noch nicht ganz überzeugt, daß man einem neuen «Hunneneinfall» werde siegreich widerstehen können, weshalb der verführerische Gedanke eines Präventivkrieges gegen die Sowjetunion immer wieder auftaucht. Er wird auch in einem kürzlich erschienenen Buch des amerikanischen Militärschriftstellers Eliot vertreten, der befürchtet, in wenigen Jahren werde es zu spät sein, sich in einem «normalen» Krieg mit den Russen zu messen, da diese bis dahin nicht nur die Atombombe, sondern auch eine Luftwaffe mit weitem Aktionsradius, eine wirksame Fliegerabwehr und dazu eine Flotte von sogenannten Schnorkel-U-Booten (kleinen, schnellen Unterwasserzerstörern) hätten. Amerika werde sich darum vielleicht veranlaßt sehen, noch vor 1952 an die Sowjetunion ein Ultimatum etwa folgenden Inhalts zu richten:

«Entweder werdet ihr sofort die internationale Kontrolle der Atomkraft annehmen (natürlich gemäß dem auf die amerikanischen Interessen zugeschnittenen bekannten Plan. H. K.) und den Vertretern der Weltatombehörde eure Grenzen öffnen, oder wir werden zur Vernichtung eurer Atomanlagen und eurer Hilfseinrichtungen, wie der größeren Kraftwerke, durch unsere eigenen Luft-Atomwaffen schreiten.»

Sicherlich faßt die amerikanische Regierung ein solches Vorgehen noch nicht ins Auge; aber Präsident Truman hat letztthin doch warnend erklärt, er werde gegebenenfalls so wenig zögern, den Befehl zum Ab-

---

<sup>3</sup> Es verdient in diesem Zusammenhang erwähnt zu werden, daß die Londoner «News Chronicle» am 12. Mai 1947 eine Meldung veröffentlichte, in der es hieß: «Amerika bereitet Pläne vor, um Frankreich zu helfen, dem Wachstum des Kommunismus Halt zu gebieten, als Teil einer weltumfassenden Politik des Widerstands gegen den Kommunismus, wo immer er Aussicht hat, maßgebenden Einfluß auf Regierungen zu bekommen...». Diese Entscheidung bedeutet, daß, auch wenn sich das französische Volk dazu bestimmen ließe, eine kommunistische Mehrheit auf Grund der gegenwärtigen französischen Verfassung zu wählen, das amerikanische Außenministerium dies nicht als demokratische Regierung und Frankreich nicht als unabhängiges Land ansehen würde.» Deutlicher kann man es nicht sagen, daß Demokratie heute im Westen einfach gleich Antikommunismus ist. Im übrigen hat ja, wie in Italien, so auch in Frankreich, amerikanische Nachhilfe dafür gesorgt, daß die Wahlen eine natürlich «in freier Entscheidung zustande gekommene» Volksmehrheit gegen die Kommunisten (und Linkssozialisten) ergeben haben, die es unnötig machte, daß eine Linksmehrheit als «undemokratisch» erklärt werden mußte. Die Verlogenheit und der Zynismus, die dieses Spiel mit der Demokratie kennzeichnen, widern einen geradezu körperlich an.

Nicht viel angenehmere Gefühle bekommt man, wenn man liest, daß der amerikanische Außenminister Acheson bei der feierlichen Unterzeichnung des Atlantikpaktes

wurf von Atombomben auf einen neuen Feind zu geben, wie er das im Falle von Hiroshima und Nagasaki getan habe, und der Abgeordnete Cannon hat diese Drohung sofort mit einer Rede unterstützt, die eine regierungstreue amerikanische Zeitung als «eine der rücksichtslosesten, jemals in der Bundesversammlung gehaltenen Reden» bezeichnete. Die gleiche Zeitung («Detroit News» 22. April) sah sich darum zu der Bemerkung veranlaßt: «Während wir von unserer Verteidigungshaltung sprechen, prahlen wir mit der Absicht einer Kriegsrüstung, die ihrer Natur nach aggressiv ist, da sie den Russen bereits sagt, daß wir in der Lage seien, sie durch überlegene Macht zu zerschmettern.»

So bleibt eben trotz der Aussicht auf eine gewisse Entspannung des west-östlichen Gegensatzes doch auf beiden Seiten eine Stimmungslage bestehen, die voller Gefahren ist und durch irgendeinen unglückseligen Zwischenfall, über dessen Handhabung die beteiligten Regierungen die Herrschaft verlieren, zur fürchterlichen Entladung gebracht werden kann. Um so gebieterischer — das ist immer unser letztes Wort in dieser Sache — wird die Pflicht der in erster Linie bedrohten westeuropäischen Völker, ihre Entschlossenheit zum Nichtmitmachen bei irgend einem künftigen Krieg, sehe er aus wie er wolle, so rechtzeitig zum Ausdruck zu bringen, daß die beiden großen Weltmächte, mindestens auf europäischem Boden, einen solchen Krieg weder führen können noch wollen<sup>4</sup>.

**Das «neue» Deutschland** Es liegt auf der Hand, daß dem deutschen Volk, wenn es dauernd abgerüstet bliebe und gleichzeitig den Weg zu einem freiheitlichen Sozialismus fände, in einem aus solchem Geist entstandenen Friedenskampf eine entscheidende Rolle zufiele. Und es kann gegenwärtig kaum eine größere Aufgabe am deutschen Volke geben, als ihm diese seine wirkliche Schlüsselstellung klar zu machen und es für die Erfüllung seiner wahren Sendung zu gewinnen. Inzwischen breitet sich freilich in

---

eine Rede hielt, die sich auf zwei Bibelstellen stützte: auf das Psalmwort: «Gott ist unsere Zuflucht und Stärke, als mächtige Hilfe bewährt in Nöten», wobei ausdrücklich der Atlantikpakt «für alle, die den Frieden wollen», als Zuflucht und Hilfe erklärt wurde; und auf das Jesuswort: «Wehe der Welt der Verführungen wegen! Denn es ist zwar notwendig, daß die Verführungen kommen; doch wehe dem Menschen, durch den die Verführung kommt», das von Acheson als «Warnung» an die Russen bezeichnet wurde. Die protestantische Wochenschrift «The Christian Century» charakterisierte diese Rede als «anstoßerregenden Mißbrauch religiöser Wahrheiten» — und das ist noch ein sehr mildes Urteil. Die Russen werden sich über diese neue Bekundung westlichen Militärchristentums ihre eigenen Gedanken gemacht haben.

<sup>4</sup> Von hier aus gesehen muß der jüngst in Paris abgehaltene Friedenkongreß bereits als Zeichen eines beginnenden Erwachens der Völker gewertet werden. Die Kritik, die diese Veranstaltung tadeln, weil sie von Kommunisten einberufen und beherrscht worden sei (was tatsächlich der Fall war), schießt völlig am Ziel vorbei, weil sie verkennt, daß es jetzt vor allem darauf ankommt, eine durchschlagende Bewe-

Deutschland ein neuer Nationalismus aus, der die große Gelegenheit des deutschen Volkes in der möglichst rücksichtslosen Ausnützung der Gegensätze zwischen den Großmächten zum Vorteil einer Wiederaufrichtung der alten Reichsherrlichkeit sieht, und geht anderseits die *Ein-gliederung Westdeutschlands in den amerikanisch beherrschten West-block* mit ehrner Folgerichtigkeit weiter. Die politische Grundlage dafür schafft das von den drei Besetzungsmächten verfügte neue *Besetzungsstatut*, das — an sich ein lebhaft zu begrüßender Fortschritt — die alliierten Militärregierungen und die Zonentrennung aufhebt, die Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten den Deutschen selbst überläßt und den Alliierten im wesentlichen «nur» noch die Entscheidung über Westdeutschlands Außenpolitik, Militärwesen und Außenhandel, über die Auflösung von Industriekartellen, über die wissenschaftlich-technische Forschung, über Verfassungsänderungen und dergleichen Dinge vorbehält. Um den Inhalt der westdeutschen Bundesverfassung selber ist zwischen den Besetzungsmächten und den deutschen Parteien einerseits, den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien anderseits ein heftiger Kampf geführt worden, hinter dem vor allem das künftige Schicksal der Ruhr stand. Die Sozialdemokratie, die grundsätzlich für die Nationalisierung der Ruhrindustrie ist, kann dieses Ziel nur durch einen starken Bundesstaat mit zentralisiertem Finanzwesen zu erreichen hoffen, während nicht nur die Besetzungsmächte — wenn auch mit verschiedener Begründung und in verschieden starkem Grade —, sondern auch die Parteien der Rechten, vor allem die Christlich-Demokraten, mit den Ruhrindustriellen als Hauptinteressenten, eher für eine föderalistische Gliederung und besonders für die Aufrechterhaltung des «freien Unternehmertums» sind. Der Kampf ist dann, ziemlich überraschenderweise, durch einen Machtspruch der Besetzungsbehörden entschieden worden, wobei in der Frage der Finanzhoheit gewisse Zugeständnisse an die Sozialdemokraten gemacht werden mußten, die ihrerseits auf die von ihnen verlangte völlige Neufassung des Staatsgrundgesetzes verzichteten und — selbstverständlich — an der eindeutig kapitalistischen Ge-

---

gung des Widerstandes gegen den drohenden Krieg zu schaffen, und kehrt sich damit gegen die Kritiker selbst, die die neue Widerstandsbewegung einfach den Kommunisten überlassen und unfähig sind, dem kommunistisch inspirierten Friedenswillen einen überlegenen *eigenen Friedenswillen* entgegenzustellen. Denn was beispielsweise hinter dem Pariser Gegenkongreß stand, der gleich nachher abgehalten wurde, das war ja alles andere eher als echter Friedenswille; es war in erster und letzter Linie der landläufige unfruchtbare Antikommunismus, dessen Vertreter denn auch in aller Form die amerikanische Machtpolitik gegen die Sowjetunion, den Atlantikpakt usw. unterstützten, war also nicht Ausdruck einer Friedens-, sondern einer Kriegsbewegung. Anderseits genügt freilich auch der bloße Widerstand gegen Krieg und Kriegsvorbereitung nicht, wie ihn (zusammen mit einer etwas unklaren Propaganda für Weltbürger-schaft und Weltregierung) die von dem Amerikaner Garry Davies entfachte Bewe-gung predigt; der Frieden muß vielmehr, mindestens in Westeuropa, auch auf eine radikal gewandelte Wirtschaftsordnung begründet werden, die ihm erst Halt und Dauer verleihen wird.

samtrichtung der westdeutschen Wirtschaftspolitik nichts zu ändern vermochten.

Das Ergebnis des ganzen Streites kann so die Sozialdemokratie kaum befriedigen, war aber im Zuge der «Marshallisierung» und «Atlantisierung» Westdeutschlands, der auch die Sozialdemokratie heftig zustimmt, ganz unvermeidlich. Dieser Sachverhalt wird durch die jüngste Vereinbarung der westlichen Besetzungsmächte über das westdeutsche Industriepotential noch besonders unterstrichen. Sie stellt einen neuen Sieg der amerikanisch-kapitalistischen Interessen über britisch-sozialistische Bedenken und französisch-nationale Hemmungen dar und wird Westdeutschland innert kurzem wieder zur gewaltigsten Industriemacht des festländischen Westeuropa erheben. Von den 167 zur weiteren Demonstration vorgemerken deutschen Industrieanlagen sind nicht weniger als 159 «gerettet» worden; die Produktionsfreiheit der deutschen Industrie, einschließlich des Schiffsbaus, ist weitgehend wiederhergestellt, die Menge des zu produzierenden Stahls auf 11 Millionen Tonnen (bei einer Höchstleistungsfähigkeit von 13 Millionen) erhöht und das Verbot ausländischer Kapitalanlagen in Westdeutschland endgültig aufgehoben worden — kurz, die Wiederaufrichtung der westdeutschen Wirtschaft auf kapitalistisch-monopolistischer Grundlage und unter der Führung der alten industrie-feudalistischen Herrenschicht, die Hitler in den Sattel gesetzt hat, hat einen neuen, mächtigen Antrieb erhalten, dessen Wirkungen nicht lange auf sich warten lassen werden<sup>5</sup>.

Für unsereinen ist all das keinerlei Überraschung; wir haben an dieser Stelle oft genug darauf aufmerksam gemacht, daß es bei den gegenwärtigen Machtverhältnissen so kommen müsse. Aber was denken sich eigentlich — wenn sie überhaupt etwas dabei denken — jene naiven Bürger, die auf der einen Seite pathetisch die Demokratisierung oder gar Sozialisierung Westdeutschlands fordern, auf der andern aber fröhlich die amerikanisch-westmächtliche Politik des bewaffneten Druckes auf Rußland und der engen wirtschaftlichen Bindung Westeuropas an Amerika unterstützen, deren Folge nichts anderes als die Renazifizierung, die Rekapitalisierung und vielleicht bald auch die Remilitarisierung Deutschlands sein kann — Dinge, die so häßlich sind wie die Wörter, die sie ausdrücken? Hat der sture Kampf gegen den «Sowjetimperialismus» wirklich alle Fähigkeit zum sauberen Denken vernichtet?

<sup>5</sup> Die gegenwärtige Organisationsform der westdeutschen Wirtschaft wird gekennzeichnet durch den Bericht, den kürzlich ein amtlicher amerikanischer Untersuchungsausschuß über die Frage der «Dekartellisierung» der Industrie veröffentlicht hat, und in dem festgestellt wird, daß die Besetzungsbehörden die vereinbarte Auflösung der deutschen Kartelle und Konzerne einfach nicht durchgeführt haben. Kein einziger deutscher Industriekonzern und kein einziges deutsches Monopolunternehmen sei in den letzten vier Jahren aufgelöst worden. — Auf der anderen Seite hat die deutsche Landwirtschaft nach einem Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 865) neuerdings «große Produktionserfolge aufzuweisen», und das heißt, daß durch zunehmend bessere Ernährung die Leistungsfähigkeit der Industrie auch von dieser Seite her immer mehr auf Normalstand gebracht wird.

## Vulkanisches Italien

Ungleich Deutschland ist der Widerstand gegen die Eingliederung in den Westblock in Italien erfreulich stark. Zwar ist die Regierung — wie in Frankreich — fest an die Vereinigten Staaten gekettet und hat dank Marshallhilfe und katholischer Aktion auch eine gefügige Parlamentsmehrheit bekommen. Aber das Volk empfindet die Abhängigkeit von Amerika kaum viel weniger drückend als seinerzeit diejenige von Hitlerdeutschland und wehrt sich namentlich instinktiv gegen die Aussicht, in einen neuen Krieg für ihm fremde Interessen gestoßen zu werden. Der Atlantikpakt hat denn auch nicht nur auf der ganzen Linken, bis in die Reihen der Saragat-Sozialisten hinein, heftige Ablehnung gefunden; de Gasperi mußte, wie man vernimmt, sogar in seiner eigenen christlich-demokratischen Partei erhebliche Widerstände überwinden, ehe er den Grafen Sforza zur Vertragsunterzeichnung nach Washington ziehen lassen konnte. Und es braucht wohl nur eine Verschärfung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, um die scheinbare Stabilität des Regimes von Grund auf zu erschüttern. Schon jetzt ist es — so wird zuverlässig berichtet — die feste Überzeugung bekannter italienischer Nationalökonomen, daß das Land einer ernsten Krise und nicht der wirtschaftlichen Erholung entgegengehe. Die industrielle Arbeitslosigkeit steigt tatsächlich dauernd und hat schon mindestens den zehnten Teil der Gesamtbevölkerung erfaßt. Die hergebrachte Armut des landwirtschaftlichen Proletariats ist ärger als je, zumal das Ventil der Massenauswanderung, durch das früher gewisse innere Spannungen abziehen konnten, jetzt so ziemlich geschlossen ist. Und da Italien alljährlich um 400 000 Menschen zunimmt, so droht der Bevölkerungsdruck auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge in immer gefährlicherem Grade anzusteigen. Die Marshallhilfe hat jedenfalls nur vorübergehende Erleichterung gebracht; die Produktion bleibt nach wie vor weit hinter der Friedensleistung zurück (in der Stahl- und Maschinenindustrie zum Beispiel um 40 Prozent); die Ausfuhr sinkt beunruhigend (im Januar war sie um 20 Prozent geringer als im Dezember); die Kapitalbildung, die die Neugründung industrieller und gewerblicher Unternehmungen erlaubt, geht seit zehn Jahren andauernd zurück, und die durch den Krieg zerstörten Betriebe, Gebäude und Anlagen aller Art sind erst zum geringsten Teil wieder aufgebaut, während die Inflation die privaten Ersparnisse ziemlich restlos aufgezehrt hat.

Von einer energischen Wirtschafts- und Sozialreform, die allein die Lage des Volkes verbessern könnte, ist anderseits überhaupt keine Rede; auch die von der Regierung angekündigte Agrarreform, die die Großgrundbesitzer zum Verkauf eines Teils ihres Bodens veranlassen will, wird angesichts des zu erwartenden Widerstandes der Feudalschicht — einer Hauptstütze der Regierung und der Kirche — auf dem Papier stehen bleiben, zumal sie nötigenfalls durch Scheinverkäufe an Strohmänner leicht umgangen werden könnte. Gleichzeitig spielt de Gasperi

und besonders sein Polizeiminister Scelba natürlich den starken Mann gegenüber den Kommunisten, Linkssozialisten und anderen «Umsürzlern», während die schwerbelasteten ehemaligen Faschisten und Kriegsverbrecher wie Fürst Borghese, General Roatta und Marschall Graziani von den schon wieder (oder immer noch) ganz reaktionären Gerichten am laufenden Band freigesprochen oder gar nicht verfolgt und schlimmstenfalls von der Regierung nach kurzer Strafzeit großmütig amnestiert werden<sup>6</sup>. Die Widerstandskämpfer und Antifaschisten wandern dafür zu Hunderten ins Gefängnis und müssen sich auf jeden Fall sehr in acht nehmen, sich auf ihre Leistungen im Kampf gegen Mussolini und seine Leute zu berufen, so sehr sitzen die Neufaschisten und ihre Gönner wieder überall in den maßgebenden Stellen. Und das alles, ohne daß die Westmächte dagegen irgendwie einzuschreiten Anlaß fänden. Wozu auch, wenn doch die alten und neuen Faschisten die besten Verbündeten im Kampf der freien Länder gegen Kommunismus, Volksdemokratie und Sozialismus sind?

**Rüstung und Fortschritt** In hohem Grad abhängig von Amerika — wirtschaftlich wie militärisch

und politisch — bleibt auch Großbritannien. Dabei zieht die politische und militärische Abhängigkeit die wirtschaftliche unausweichlich nach sich, belasten doch die wachsenden Rüstungsausgaben die britische Volkswirtschaft und den Finanzhaushalt des Staates in einer Art und Weise, daß sich beide ohne kräftigste Stützung von Amerika her, und das heißt ohne enge Bindung an den amerikanischen Kapitalismus und sein Schicksal, nicht zu halten vermögen. Was das für den Fortschritt des Sozialismus in England bedeutet, braucht nicht gesagt zu werden; das neue Labourprogramm für den Wahlkampf des nächsten Jahres spiegelt die Zwiespältigkeit und Zweideutigkeit, die sich daraus ergibt, nur allzu klar wider. Aber auch die fast heroische Anstrengung der Regierung und ihres Finanz- und Wirtschaftsministers Cripps, Produktion und Ausfuhr zu steigern, die Lebenshaltung zu erleichtern, die Sozialfürsorge auszuweiten und doch den Staatshaushalt im Gleichgewicht zu halten, wird durch die Einspannung Großbritanniens in den imperialistischen Machtkampf aufs bedenklichste behindert, wie die Gestaltung des neuen Budgets (für 1949/50) und seine mehr als kritische, enttäuschte Auf-

<sup>6</sup> Ein paar kleine Beispiele für das Walten der italienischen Justiz. Der Oberste Gerichtshof urteilte einmal (Fall Carrera): «Einen Partisanen an den Füßen aufhängen, ihn wie ein Pendel hin und her stoßen und ihn dabei mit Fäusten schlagen und mit Füßen treten, um ihn zum Geständnis seiner Schuld und zur Beziehung seiner Kameraden zu zwingen, kann nicht als Grausamkeit angesehen werden.» In einem anderen Fall (Prozeß Progresso) entschied er: «Von der Amnestie wird nicht ausgeschlossen ein Hauptmann der Schwarzen Brigaden, der ein Partisanenmädchen, nachdem es verhört worden war, von seinen Milizmännern der Reihe nach vergewaltigen ließ, während es mit verbundenen Augen und gefesselten Händen dalag; denn solch eine Handlung kann nicht als Grausamkeit angesehen werden.»

nahme durch die Arbeiter und Hausfrauen deutlich zeigt. Man braucht zwar die großen Mandatsverluste der Labourpartei bei den jüngsten *Grafschaftswahlen* durchaus nicht tragisch zu nehmen; sie sind in der Hauptsache nur die Wiederholung des Rückschlags der Partei bei den letzten jährigen Gemeindewahlen und aus den gleichen Ursachen zu erklären: die Konservativen haben sich abermals mit voller Kraft auf diese örtlichen und regionalen Wahlen geworfen, während Labour nur wieder den schwachen Wählerkern an die Urne brachte, der früher genügt hatte, um ihm Hunderte von Sitzen zu sichern. Aber vielleicht dient die negative Reaktion eines großen Teiles der Wählerschaft auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Regierung den Führern der Labourpartei doch als Warnung vor der Fortsetzung des unmöglichen Versuches, Kanonen und Butter zu beschaffen, und als Mahnung zu einer Politik, die durch den Abbau der militärischen Riesenrüstung die Mittel und Kräfte für den Aufbau einer volkstümlichen sozialistischen Wirtschaft freimacht.

Im Grund vor der gleichen Lage, nur in einer viel höheren Größenordnung, stehen die Vereinigten Staaten. Die uferlosen Kriegsrüstungen, die sie betreiben — die reinen Wehrmachtsausgaben sollen nach dem Voranschlag für das Finanzjahr 1949/50 rund 16 Milliarden Dollar (etwa 65 000 Millionen Franken) betragen, eine halbe Milliarde mehr als im laufenden Jahr —, sind zunächst ein Werkzeug amerikanischer Expansion in der Welt draußen, eine Waffe im Kampf nicht nur gegen den Kommunismus, sondern auch gegen den Sozialismus und die soziale Planwirtschaft überhaupt. Die Rüstungspolitik und die dadurch erzeugten internationalen Spannungen wirken aber ihrerseits wieder aufs stärkste zurück auf das innere Staatsgefüge. Durch das Bleigewicht der damit verbundenen finanziellen Lasten und die immer weiter um sich greifende Militarisierung des Volkslebens hemmen sie jeden ernsthaften Fortschritt zur sozialen und politischen Demokratie, wie das Fiasko des Trumanschen Reformprogramms aufs neue erwiesen hat; ja, Kommunistenpanik und Kriegsfurcht werden von den großen kapitalistischen Propagandamaschinen ganz bewußt zur Niederhaltung aller fortschrittlichen Regungen und zur Stärkung des bestehenden Regimes benutzt, Patriotismus und Antikommunismus gegen Demokratie und Sozialismus! Die Gewerkschaften, die sich ebenfalls in diese ganze Propaganda haben einspannen lassen, erfahren ihre Folgen am eigenen Leib nicht nur im Stillstand der Sozialgesetzgebung (das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz zum Beispiel wird von der gegenwärtigen Bundesversammlung kaum gründlich revidiert werden), sondern auch in der Erschwerung des großen Kampfes gegen Krise, Lohndruck und Arbeitslosigkeit, der ihnen für die nächsten Jahre bevorsteht.

Die militärischen Rüstungen sind aber auch in Amerika, wie wir schon wiederholt gezeigt haben, mehr und mehr ein Hauptmittel der kapitalistischen *Konjunkturpolitik* geworden (ein Grund, nebenbei, für

den erstaunlich schwachen Widerstand, den sie in der amerikanischen Arbeiterschaft finden). Der Höchststand der Wirtschaftsblüte ist ja bereits offenkundig überschritten. Man zählt schon wieder mindestens vier Millionen Arbeitslose; der Preisfall erfaßt nach den Landwirtschafts-erzeugnissen nun auch Metalle, Öl und Grundbesitz; die Kleinhandelsumsätze gehen weiter zurück; die Bankkredite werden scharf eingeschränkt — kurz, wenn es sich auch noch lange nicht um eine katastrophale Wirtschaftskrise ähnlich derjenigen der dreißiger Jahre handelt, so sind der Rückgang der Geschäftstätigkeit und die Bedrohung der Gewinne doch ernst genug, um die Steigerung der Kriegsrüstungen als wirksamstes Mittel zur Rettung vor dem sonst drohenden Zusammenbruch erscheinen zu lassen. Und das trägt wiederum nicht nur dazu bei, die Gegensätze in der Völkerwelt wachzuhalten; es hilft auch aufs wirksamste mit, das innerpolitisch-soziale Gefüge der Vereinigten Staaten in seiner gegenwärtigen Verfassung zu konservieren. Aufs neue bewahret sich, was schon Anfang 1914 der bedeutende Wiener Soziologe Rudolf Goldscheid (in seiner Schrift «Das Verhältnis der äußern Politik zur innern») feststellte:

«Die Klassengegensätze können sich gar nicht erheblich mildern, solange die Staaten- und Völkergegensätze in ihrer heutigen Schärfe fortbestehen . . . Historisch sind sicher die Völkergegensätze das Primäre und die Klassengegensätze das Sekundäre. Dieses Verhältnis hat sich nun auch heute noch nicht vollkommen in sein Gegen teil verkehrt. Die Stärke der herrschenden Klassen beruht vielmehr auch in unseren Tagen noch ganz auf dieser Grundlage. Es sind durchweg Klassenstaaten, die einander gegenüberstehen; alle diese Klassenstaaten sind von der Tendenz beherrscht, vor der innern Politik in die äußere zu flüchten, lieber die schwersten Kriegsgefahren auf sich zu nehmen, als daß sie sich zu einer äußeren Politik entschlössen, die sie zwänge, mit der traditionellen innern Politik zu brechen. . . Der bewaffnete Friede ist eben zugleich der stärkste Damm gegen die Ausgleichung der Gegensätze im Innern, gegen die Be seitigung jener künstlichen Niveaudifferenz, die den Strom der Volksarbeit auf die Mühle der Bevorrechteten lenkt.

... Es gibt nichts, was die Fortschritte der Demokratie in so hohem Maße auf hält wie das bestehende Völkerverhältnis. In diesem hat die heutige Gesellschaftsordnung ihre mächtigste Wurzel . . . Äußere und innere Spannungen steigern sich durch den immanen Kausalnexus zwischen äußerer und innerer Politik wechselseitig ins Ungemessene, so daß schließlich die Verhältnisse sich zur Entscheidung zuspißen. Diese Entscheidung liegt zwischen Weltkrieg und Vertiefung der Demokratie.»

Welche Mahnung an die Sozialisten, sich der Unterstützung einer Außenpolitik zu enthalten, die in erster und letzter Linie dem Klasseninteresse des kapitalistischen Gegners dient und darum die Klassen gesellschaft auch im Innern der Länder aufrechterhält! Genügt es nicht, daß in der Sowjetunion der Sozialismus verkümmert, weil die Abwehr und Abwehrbereitschaft gegenüber den Angriffen der kapitalistischen Welt seit einem Menschenalter die lebendigsten Volkskräfte aufgesaugt und die Demokratie erstickt hat? Muß der westliche Sozialismus in noch tragischerer Weise leiden, weil er sich seinem Gegner selbst ausliefert?

**Blick nach Osten** Werfen wir aber, unserer Übung getreu, doch auch rasch noch einen Blick nach Osten, um diese Rundschau zu beschließen. Im nichtrussischen Osten Europas entwickeln die sogenannten Volksrepubliken planvoll ihre neuen, dem Sozialismus zustrebenden Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, freilich mit den auf diesem Boden seit Jahrhunderten gewohnten absolutistischen Methoden, statt für die Erreichung ihrer neuen Ziele auch neue Mittel einzusetzen. Das gibt der westlich-kapitalistischen Welt immer wieder Anlaß, sich über die Mißachtung der politischen Freiheits- und Menschenrechte zu beklagen, deren sich diese Staaten schuldig machten. Neuestens geschieht dies auch im Kreis der Vereinten Nationen, vor deren Richterstuhl die Prozesse gegen Kardinal Mindszenty und die bulgarischen Pfarrer gezogen wurden<sup>7</sup>. Die Heuchelei dieser Klagen und Proteste ist für jeden redlichen Menschen offenbar, und ich für meinen Teil unterschreibe Wort für Wort, was Kingsley Martin, der Chefredaktor des «New Statesman», letzthin gesagt hat:

«Wie jemand, der tatsächlich weiß, was in Griechenland vorgeht (wo in den letzten zwei oder drei Jahren mindestens 4000 Gegner des Regimes, meist junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren und häufig genug unter nichtigen Vorwänden, gesetzlich ermordet wurden. H. K.), die Stirn haben kann, Aufhebens wegen der Angriffe auf die Kirche in Ungarn und Bulgarien zu machen, übersteigt völlig mein Verständnis... Man braucht nicht alles zu glauben, was von den Kommunisten über Griechenland geschrieben wird. Wenn man aber die Atmosphäre und Methode dieser possehaften Prozesse kennenlernen will, so lese man ein kommunistisches Flugblatt, das „Sie dürfen nicht sterben“ überschrieben ist. Die hier wiedergegebenen Briefe von Betty Bartlett, der englischen Frau von Tony Ambatielos, sind wirklich und schrecklich genug. Wäre ich Bevin und wüßte, daß auch nur der vierte Teil von Betty Bartletts Geschichte wahr ist, ich wäre nicht imstande, Proteste nach Ungarn und Bulgarien zu schicken, ohne mich als Heuchler ewig verdammt zu fühlen.»

Wenn man aber zynisch einwenden wollte, hier handle es sich ja doch «nur» um Kommunisten oder «Flintenweiber», so denke man immerhin daran, daß unter den Hingerichteten auch Menschen sind wie jener Johannes Tsukaris, Mitglied der Gemeinschaft der «Zeugen Jehovas» und Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, den die Henker des

<sup>7</sup> Die Lektüre des Protokolls über die Verhandlung gegen Mindszenty hat mich in meinem früheren Urteil über den Fall sehr bestärkt. Es fiel mir besonders auf, daß der Kardinal bei weitem nicht so viel gestanden hat, wie man nach dem Geraune über seinen «rätselhaften Umfall» meinen konnte. Er madte es vielmehr genau so wie die meisten Angeklagten: Er gab nur zu, was man ihm einwandfrei beweisen konnte, und leugnete hartnäckig, was darüber hinausging. Stundenlang stritt er sich mit dem Gerichtspräsidenten vor allem über die Tragweite der ihm vorgeworfenen Handlungen herum, die er nach Kräften zu beschönigen oder zu bagatellisieren suchte, während sich der Präsident ebensoviel Mühe gab, sie aufzubauschen und als Staatsverbrechen hinzustellen. Man mag darum, wie ich es selber getan habe, das Strafmaß für Mindszenty zu hoch finden; wie man aber die Prozessierung und Verurteilung des ungarischen Kirchenfürsten als abscheulichen Anschlag auf Menschenrechte und Gewissensfreiheit erklären kann, begreife ich wirklich nicht. Sie ist ein Schlag gegen die römische Kirche als Dienerin weltlicher Klassen- und Mammonsinteressen, nicht als Dienerin der Herrschaft Gottes über alle Welt.

Herrn Sophulis ebenso geschäftsmäßig «liquidiert» haben wie Dutzende von edelsten Freiheitskämpfern, die aus politischen Gründen in Opposition zu dem korrupten System standen, das sich dank britisch-amerikanischer Stützung immer noch in Athen zu behaupten vermag. Ist das Leben dieser Menschen weniger wert als die Freiheit eines so zweifelhaften Freiheitskämpfers wie des Kardinals Mindszenty, für dessen Sache die ganze «demokratische» Welt des Westens so leidenschaftlich Partei genommen hat? Die Heuchelei der westlichen Demokratien erscheint noch erbärmlicher, wenn man daran denkt, daß das schon wieder halbfaschistische Italien mit seinen Gerichtsurteilen gegen Antifaschisten und für Kriegsverbrecher heute der hochgeehrte Verbündete der Westmächte ist, daß das noch immer ganzfaschistische Spanien, in dem sich die wirklichen Justizskandale häufen, schon morgen ebenfalls in die «Gemeinschaft der abendländischen Kulturvölker» aufgenommen sein kann, und daß die Westalliierten in Deutschland ein politisches System begünstigen, dessen Gerichte aufs neue die anstößigsten Tendenzurteile sprechen. Hat man etwas davon vernommen, daß sich die UNO um diese Zustände kümmerte? —

Im Nahen asiatischen Osten herrscht augenblicklich ziemlich Ruhe. Israel verhandelt jetzt in Lausanne mit seinen ehemaligen Gegnern über die förmliche Beendigung des Kriegszustandes — mit Erfolg hoffentlich; gleichzeitig droht ihm aber im Innern eine schwere Wirtschaftskrise, weil seine hohe Lebenshaltung den Absatz seiner Ausfuhrgüter mehr und mehr erschwert — ein neuer Beleg für die Widersinnigkeit einer Wirtschaftsordnung, die den Träger sozialen Fortschritts dafür bestraft, daß er im Ausland die Preise seiner rückständigen Konkurrenten nicht unterbieten kann.

Für Indien ist an der jüngsten Commonwealth-Konferenz in London durch Weitherzigkeit auf beiden Seiten die Möglichkeit geschaffen worden, trotz seiner republikanischen Verfassung Mitglied einer Völkergemeinschaft zu bleiben, deren symbolisches Oberhaupt der Träger der britischen Krone ist. Ein Glück für die Welt, die nicht neuer Spaltungen, sondern neuer Zusammenschlüsse bedarf!

In China geht freilich die gegenseitige Zerfleischung der beiden kämpfenden weiter. Die Friedensverhandlungen sind rasch gescheitert, und die kommunistischen Armeen haben ihren Vormarsch mit voller Wucht wieder aufgenommen, den Jangtse überschreitend, Nanking besetzend, Schanghai bedrohend und bereits zum Stoß gegen Canton ausholend, dessen Gewinnung sie auch zu Herren Südhinas machen würde. Aber aus dem Chaos, in dem hier eine ganze alte Welt versinkt, steigt eben doch gewaltig, verheißungsvoll eine neue, bessere, gerechtere Welt empor. Die Umwälzung, die sich in China vollzieht, ist auch dem Westen wieder schmerzlich zum Bewußtsein gebracht worden durch die Beschießung des britischen Kanonenboots «Amethyst», die in England so große Entrüstung über die «kommunistischen Verbrecher» hervor-

gerufen hat. Aber man täte doch besser, den an sich gewiß betrüblichen Zwischenfall auch von der anderen Seite her anzusehen. Die Zeiten sind eben vorbei, da fremde Kriegsschiffe, ohne um Erlaubnis zu fragen, ins Herz Chinas vorstoßen konnten, auch wenn sie, wie diesmal, einen friedlichen Auftrag hatten. Noch 1920 halfen britische Kriegsschiffe Chiang Kai-Shek, die chinesische Revolution zu ersticken. Heute sind die revolutionären Kräfte endgültig siegreich — nicht nur gegen Chiang Kai-Shek, der vergeblich immer noch auf ausländisches Eingreifen spekuliert, sondern auch gegen den europäisch-amerikanischen Imperialismus, der hundert Jahre lang China demütigen und ausplündern konnte, aber künftig mindestens hier nichts mehr zu suchen hat. Dafür erlebt die Sowjetunion in China eine Genugtuung, die sie ihre Niederlage in Europa im gleichen Grade verschmerzen lassen darfte, wie die Ereignisse im Fernen Osten an Bedeutung über diejenigen in Berlin und Umgebung hinausgehen. Revanche der Weltgeschichte!

3. Mai.

Hugo Kramer.

## Schweizerische Rundschau

### Auf- und Abrüstung

Je gefährlicher sich jeweilen die internationale Lage zuspißt, desto kritischer, das heißt desto mehr zu Entscheidungen drängend, wird immer auch die Lage der Schweiz. Die Reaktion von Volk und Behörden auf die trotz der augenblicklichen Entspannung im ganzen doch weiterbestehende Kriegsgefahr ist natürlich auch jetzt wieder durchaus die hergebrachte und scheinbar einfachste: Man zieht sich um so tiefer in sein neutrales Schneckenhaus zurück — wenn auch mit dekorativer Ausstreckung der Fühler in harmlose, ja ertragbare Bezirke: Amerikahilfe, neue Rotkreuzkonvention, Flüchtlingsfürsorge usw. — und verstärkt gleichzeitig seinen Rüstungspanzer wieder um ein paar Schichten für den Fall, daß es über kurz oder lang doch ernst gelten sollte. Die glatte Annahme der neuen Militärorganisation und der Vorlage über die zweite Serie Vampirflugzeuge durch den Nationalrat während seiner Frühjahrstagung, bei gleichzeitiger Ablehnung einer bescheidenen Solderhöhung für Soldaten und Unteroffiziere (sie hätte 3,5 Millionen Franken gekostet, bei fast 500 Millionen Rüstungsausgaben insgesamt), kennzeichnet diese Haltung ein weiteres Mal; soviel wir bemerkt haben, ist auch kein einziger Sozialdemokrat im Rat offen und mit Ziehung der Konsequenzen gegen diese «Erhöhung der Wehrbereitschaft der Schweiz» aufgetreten, wenn man es auch immerhin nicht unterlassen hat, seine (unverbindlichen) «Bedenken» insbesondere gegen die Anschaffung der englischen Flugzeuge zu äußern, deren Brauchbarkeit im Kriegsfall ja auch wirklich etwas fragwürdig ist. Auf die gleiche Linie gehört die erneute Weigerung des Bundesrats, die Ausfuhr von Kriegsmaterial aus der Schweiz zu verbieten, so wie das die primitivste Moralität und die einfachste Rücksicht auf das Ansehen der «friedfertigen», «neutralen» Schweiz fordert. Die «Verschärfung» der Bedingungen, unter denen künftig die Ausfuhr von Waffen und Munition bewilligt werden soll, ist ja wirklich nicht ernst zu nehmen, besonders wenn die bewilligende Behörde auch weiterhin so viel Verständnis für die Bedürfnisse unserer Rüstungsindustrie zeigt wie schon bisher, und gar die Begründung, die der Bundesrat seinem jüngsten Beschuß beigegeben hat (zum Beispiel: «Die militärische Rüstung kann ebenso sehr dazu beitragen, einen Krieg zu verhindern, als ihn auszulösen. Somit ist es an sich [!] nicht unmoralisch, wenn die Schweiz, unter Beachtung der erwähnten Sicherheitsmaßnahmen, Kriegsmaterial an andere Staaten ausführt»), diese Begründung ist derart kläglich und fadenscheinig, daß sie einer sadlichen Prüfung keine fünf Minuten standhält. Aber